

NACHHALTIGE STÄDTE SIND UNSERE ZUKUNFT

EU sucht gemeinsame Lösungen bei Raumentwicklung

von Gisela Kallenbach MdEP,
Vizepräsidentin Intergroup Urban Housing

2007 ging es plötzlich Schlag auf Schlag: Am 25. Mai wurde unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt verabschiedet. Diese Charta ist die Initialzündung für die überfällige Modernisierung der europäischen Stadtentwicklungspolitik. Auf dem gleichen informellen Ministertref-



»Die europäische Raumentwicklung wird modernisiert.«

fen wurde auch die sogenannte Territoriale Agenda beschlossen, die die europäische Raumentwicklung ebenfalls auf neue Grundlagen stellt. Obwohl die EU bislang keine formale Zuständigkeit für diese Fragen hat, wurde unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft der Prozess fortgeführt. Im November einigten sich die zuständigen Minister auf ein erstes Aktionsprogramm für die Territoriale Agenda. Im Dezember wurde der Vertrag von Lissabon unterzeichnet, der erstmals den territorialen Zusammenhang als Unionsziel definiert.

Der Problemdruck in Europas Städten ist mittlerweile so hoch, dass es ohne den gegenseitigen Austausch von Wissen und Erfahrung, ohne übergreifende Zusammenarbeit und einheitliche Ziele nicht mehr geht. Den Problemen Klimawandel, wachsende Zersiedlung, Flächenverbrauch und Energienutzung, demografischer Wandel sowie den ungleichen Auswirkungen der Globalisierung müssen sich alle stellen.

Im Februar verabschiedete das EP einen Initiativbericht, dessen Berichterstatterin ich war. Darin geht es um die Weiterentwicklung der europäischen Haltung in Bezug auf Raumentwicklung und territorialen Zusammenhalt. Wichtigster Punkt: Stadt- und Raument-

wicklung können nur mit dem sogenannten integrierten Ansatz erfolgreich sein. Der integrierte Ansatz ist dabei nur ein anderes Wort für eine ganzheitliche Strategie, die sektorübergreifend versucht, alle relevanten wirtschaftlichen, ökologischen und soziokulturellen Aspekte zu berücksichtigen.

Zweitens: Es geht nicht ohne Stadt-Land-Partnerschaften. Städte schweben nicht im luftleeren Raum. Städte und ihr Umland brauchen sich gegenseitig, sie stehen in einer engen Wechselbeziehung zueinander. Der ländliche Raum muss dabei eng mit der Entwicklung der Städte und Ballungsräume verzahnt werden. Wir wollen in den Städten Freizeit, Arbeit und Wohnen besser aufeinander abstimmen und europaweit das Instrument der Raumverträglichkeitsprüfung einsetzen, um die Stadt-Umland-Beziehungen aufzuwerten.

Drittens: Beteiligungsmöglichkeiten für alle Betroffenen, Transparenz in den politischen und verwaltungstechnischen Entscheidungen sowie Wettbewerb um die besten Problemlösungen sind die wichtigsten Faktoren für nachhaltigen Erfolg bei der Stadt- bzw. Regionalentwicklung.

Darüber hinaus fordern wir, konkrete Ziele und messbare Kenngrößen für die künftige Planung zu beschließen. Dazu gehören u.a. ein maximaler Flächenverbrauch pro Kopf, ausgewogene Flächennutzungsverhältnisse, ein gut ausgebauter ÖPNV oder eine Begrenzung des CO₂-Ausstoßes pro Kopf.

Nur Städte und Regionen, die die Faktoren Ökonomie, Ökologie, Kultur und Soziales sinnvoll miteinander verbinden können, werden die Herausforderungen der Zukunft bestehen. ∅

Gisela Kallenbach ist Mitglied im Regionalausschuss, stellv. Mitglied im Ausschuss Binnenmarkt- und Verbraucherschutz sowie im Auswärtigen Ausschuss



Die Grünen
im Europäischen Parlament

■ Angelika Beer

Die internen Debatten über die Neuausrichtung der strategischen Konzepte der EU und der NATO haben begonnen. Ziel ist es, die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 bis Ende 2008 zu überarbeiten. Die Grünen haben sich mit ihrer »Grünen Sicherheitsstrategie für Europa« nach einem dreijährigen, intensiven Diskussionsprozesses klar positioniert. +++ Angelika Beer im Kosovo: Die Reiseberichte von Angelika Beers Reisen im Februar finden sich auf ihrer Homepage. +++ Angelika Beer belebt Projekt Noteingang in Norddeutschland wieder.

Mehr: www.angelika-beer.de

■ Hiltrud Breyer

Nach langer Verzögerung hat die EU-Kommission endlich ihren Vorschlag für mehr Schutz beim Kinderspielzeug vorgelegt. Krebserregende, erbgut- und fortpflanzungsschädigende Stoffe sollen nicht mehr im Spielzeug verwendet werden dürfen. Es wurden jedoch zu viele Schlupflöcher für die Industrie offen gelassen. +++ Der Vorschlag der EU-Kommission zur Lebensmittelkennzeichnung ist enttäuschend. Es soll zwar eine verpflichtende Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite der Verpackungen geben, dennoch fehlt ein vereinfachendes Symbol wie das britische Modell der Ampel. Ziel des EP muss es sein, den Vorschlag der EU-Kommission mit der Ampel zu kombinieren.

Mehr: www.hiltrud-breyer.eu

■ Michael Cramer

Die EU-Kommission muss die eingeschränkte Mitnahme von Flüssigkeiten in Flugzeugen aufheben. Die Sicherheit im Flugverkehr hat sich durch die seit November 2006 geltende Maßnahme nicht erhöht. Passagieren werden medizinische oder kosmetische Produkte wie ein gewöhnlicher Lippenstift konfisziert, wenn diese das erlaubte Volumen überschreiten. »»

■ Michael Cramer (Fortsetzung)

Andererseits haben sie das Recht, größere Flüssigkeitsmengen an Bord zu bringen, wenn sie nach den Sicherheitskontrollen gekauft wurden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Fluggäste 125 Milliliter Kontaktlinsenflüssigkeit abgeben müssen, gleichzeitig aber einen Liter entflammenden Wodka an Bord bringen können. Mehr: www.michael-cramer.eu

■ Rebecca Harms

Am 11. und 12. Februar fand in Brüssel ein Joint Parliamentary Meeting mit nationalen Abgeordneten zur Lissabon-Strategie statt. Rebecca Harms stellte als Co-Rapporteur den gemeinsamen Entwurf der Lissabon-Resolution von PPE und Grünen vor. Dabei ging sie auf die Probleme ein, die sie und die Grünen mit den im Text propagierten Zielen des »freien Welthandels«, der »low carbon economy« (welche nach grüner Lesart die Atomkraft ausschließt) und des »Wachstum vor Gerechtigkeit« hat. Besonders wichtig ist den Grünen, das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen zur Priorität zu machen. In der Abstimmung des EP am 20. Februar wurde die Mehrzahl grüner Änderungsanträge angenommen. Mehr: www.rebecca-harms.de

■ Milan Horáček

Ein offener Brief zu Gunsten von Wassilij Aleksanjan wurde Anfang Februar auf Initiative von Milan Horáček mit fraktionsübergreifender Unterstützung von ca. 20 MEPs an Präsident Putin gerichtet. Aleksanjan, der Anwalt des inhaftierten früheren Yukos-Chefs Michail Chodorkowski, befindet sich seit April 2006 trotz schwerer Krankheit ohne medizinische Versorgung in Untersuchungshaft. In einem neuerlichen Gerichtsurteil wurde Aleksanyan ärztliche Behandlung zugestanden, allerdings keine Haftentlassung. Diese Kurskorrektur Russlands ist zu begrüßen. Sie setzt zumindest ein kleines Hoffnungszeichen für alle politischen Gefangenen im Fall Chodorkowski/Lebedew.

Mehr: www.milan-horacek.de

■ Gisela Kallenbach

Jetzt anmelden zum Eurocamp 2008: Deutschland ein Einwanderungsland in der »Festung Europa« – wie passt das zusammen? Wo verlaufen Flüchtlingsströme, was sind deren Ursachen? Gisela Kallenbach ist Schirmherrin des Europacamps 2008 auf der Burg Wendelstein in Sachsen-Anhalt. Zusammen mit dem KV Burgenlandkreis und Amnesty International wird dort vom 19. bis 27. Juli über Möglichkeiten einer besseren EU-Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik diskutiert. +++ Vom 4. bis 5. Februar ist Gisela Kallenbach mit einer parlamentarischen Delegation »»»

WASCH MIR DEN PELZ, ABER MACH MICH NICHT NASS?

Die EU-Klimapolitik ist nicht konsequent genug

von Rebecca Harms MdEP

»Eine Antwort auf den Klimawandel zu finden ist der ultimative Test für die politische Handlungsfähigkeit unserer Generation. Wir haben [...] die Pflicht [...] den Wandel hin zu einer umweltfreundlichen europäischen Volkswirtschaft zu schaffen.« Mit großen Worten hat Kommissionspräsident Barroso am 23. Januar – ein ganzes Jahr nach den Beschlüssen des Energiegipfels – das Gesetzespaket zur europäischen Klimapolitik vorgelegt.

Vor uns liegt tatsächlich eine Generationenaufgabe. Und uns bleibt wenig Zeit. Die globalen Emissionen müssen laut UN



»Die Vorschläge
atmen den Geist
des ›Weiter so‹.«

Klimarat ihren Höchststand bis zum Jahr 2015 erreichen. Bis zum Jahr 2020 müssen die Industrienationen gegenüber 1990 ihre Klimagasemissionen um 25 – 40% reduzieren. Bis Mitte des Jahrhunderts müssen die globalen Emissionen sogar halbiert werden um das 2 Grad Ziel zu erreichen.

Schaut man sich die Vorschläge an, die mit großen Worten vorgestellt wurden, verliert man den Eindruck, dass hier die grüne Industrierevolution beginnt. Denn der Vorschlag der Kommission zielt nur auf eine EU-weite Klimagasreduktion von 20 Prozent. Das ist zu wenig. Die EU als vermeintlicher Klima-Vorreiter kann nicht auf andere Länder warten, bevor sie ihre Ziele den klimapolitischen Notwendigkeiten anpasst.

Die Vorschläge der Kommission atmen leider auch einen industriepolitischen Geist des »Weiter so«. Nach wie vor klaffen Welten zwischen dem Anspruch, die führende, die

treibende Kraft im Klimaschutz zu sein und der Bereitschaft zu wirklicher Veränderung der europäischen Energie-, Verkehrs- und Industriepolitik.

Deutlich wird das bei Energieeffizienz und -einsparung, die nicht im Zentrum der Anstrengungen stehen. Deutlich wird das daran, dass mehr auf Pflanzenkraftstoffe gesetzt wird als auf effizientere Autos und ein nachhaltiges Verkehrssystem. Deutlich wird das auch daran, dass die Kommission, wo sie kann, Werbung für »saubere Kohle« und Atomenergie macht.

Doch der mangelnde Aufbruchswille ist nicht allein der Kommission vorzuwerfen.

Die Vorschläge orientieren sich häufig an dem, was in Europa als durchsetzbar gilt. Relativ zaghafte Vorschläge der Kommission beispielsweise zur Effizienz von PKW werden von Parlament und den Mitgliedstaaten im Rat noch abgeschwächt. Jedes eingesparte Kilo CO₂ ist

ein Kampf gegen die alt eingesessene Industrie und deren politische Unterstützer. ∅

Rebecca Harms ist stellv. Vorsitzende der Fraktion Grüne/EFA und des Klimaausschusses sowie Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Das Klimapakett der EU:

Das Klimapakett der Kommission umfasst einen Richtlinienvorschlag zum Emissionshandelssystem, zu Erneuerbaren Energien und zur Verbringung von abgedecktem CO₂, sowie einen Vorschlag zur internen Lastenverteilung auf die Mitgliedstaaten. Hinzu kommen ein Richtlinienvorschlag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen von PKW und das dritte Liberalisierungspaket für den Strom- und Gasbinnenmarkt. Bis zur Europawahl 2009 sollen alle Gesetze im Mitentscheidungsverfahren verabschiedet werden, d.h. das Europäische Parlament hat volle demokratische Mitsprache.

QUADRATUR DES KREISES

Bulgarien und Rumänien waren 2007 nicht beitriffsreif

von Milan Horáček MdEP

Nach der historischen Wende 1989 haben sich besonders die Grünen für den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder eingesetzt. Allerdings unter strikter Einhaltung aller Beitrittskriterien, d.h. einschließlich der vollständigen Umsetzung der Demokratie- und Menschenrechtsstandards.

Die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU wird im Rückblick



»Bulgarien und Rumänien sind die korruptesten Länder der Union.«

als die herausragendste Leistung der EU in unserer Zeit angesehen werden. Die wirtschaftliche Eingliederung vollzieht sich in besonders hohem Tempo. Diese Entwicklung steht in einem starken Kontrast zur desolaten Wirtschaftslage in der sich sowohl Bulgarien als auch Rumänien Ende der 1990er Jahre befanden. Die anlässlich des EU-Beitritts vollzogenen Wirtschaftsreformen und die erhöhte Stabilität, die der Beitritt für Investoren mit sich gebracht hat, tragen gemeinsam mit den Strukturfondsmitteln in manchen Branchen zu hohen Wachstumsraten bei.

Sowohl im Bereich der Demokratie und Menschenrechte, als auch der Ökologie ist die Lage jedoch problematisch. Bulgarien und Rumänien sind laut Transparency International die korruptesten Länder der Union. Minderheiten wie die Roma werden weiterhin diskriminiert. Formal haben beide Länder ihre Gesetzgebung auf Druck der EU für den Beitritt geändert. Gesetze nützen jedoch nichts, wenn sie nicht angewendet werden. Das Lüneburger Zentrum für Demokratieforschung listete 2006 für Bulgarien 125.000 Korruptionsfälle auf, aber nur 233 Strafverfahren und 188 Verurteilungen. Von 1990 bis 2006 verzeichnete

Bulgarien 176 ungeklärte Auftragsmorde, deren Opfer hauptsächlich aus Wirtschafts- und Finanzkreisen kamen.

Rumänien konnte nur beitreten, weil die mutige Justizministerin Monica Macovei umfangreiche Reformen im Justizwesen durchsetzte. 2006 brachte die von ihr eingesetzte Antikorruptionsbehörde 127 Fälle vor Gericht. Unter ihnen auch Anklagen gegen Minister und Abgeordnete. Wenige Monate nach dem EU-Beitritt wurde Frau Macovei aber abgesetzt. Tudor Chiariu, ihr Nachfolger, tat alles, um Anklageerhebungen gegen die Herrschenden zu verhindern.

Im November hat er eine Novellierung der Strafprozessordnung vom Parlament absegnen lassen, die aussieht, als sei sie für die Mafia maßgeschneidert worden. Bei Terrorismus, organisiertem Verbrechen und Korruption soll z.B. zukünftig nicht länger als sechs Monate ermittelt werden dürfen. Der rumänische Präsident hat das Gesetz ans Parlament zurückverwiesen, er droht jedoch überstimmt zu werden. Chiariu selbst musste im Dezember 2007 wegen Korruption zurücktreten.

Einige Grüne hielten 2007 den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens für verfrüht. Die aktuelle Entwicklung und der letzte Zwischenbericht der EU vom Februar 2008 bestätigen diese Einschätzung. Die Kommission muss jetzt die Anwendung der von unserer Fraktion durchgesetzten Schutzklauseln androhen, falls sich bis zum Juli 2008 nichts Entscheidendes ändert. Ein wichtiges Mittel der Einflussnahme wäre der Stopp der Agrar- und Strukturfondsmittel. Bulgarien und Rumänien werden sich nur ändern, wenn die EU den Druck auf die neuen Mitgliedstaaten aufrechterhält. ∅

Milan Horáček ist Mitglied im Unterausschuss Menschenrechte sowie stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Agrarausschuss.



Die Grünen
im Europäischen Parlament

■ Gisela Kallenbach (Fortsetzung)

nach Bosnien-Herzegowina gereist, um sich vor Ort zu informieren. Ihr Fazit ist ernüchternd, denn die Wirtschaft kommt nicht voran und die Demokratie ist weiter schwach. Der Bevölkerung aber bleibt eine große Hoffnung: der Beitritt ihres Landes zur EU.

Mehr: www.gisela-kallenbach.de

■ Cem Özdemir

Im Juni 2007 hat der Ministerrat erstmals eine gemeinsame politische Strategie für die vernachlässigte Region Zentralasien angenommen. Im Februar 2008 hat das Europäische Parlament über den Bericht »Eine EU-Strategie für Zentralasien« im Plenum abgestimmt. Berichtersteller Cem Özdemir hat im Vorfeld zusammen mit dem stellv. Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion im EP, Jan-Marinus Wiersma, eine Konferenz mit Entscheidungsträgern, Experten und Repräsentanten aus der Region und EU veranstaltet. Zentrales Thema: die Implementierung der Zentralasienstrategie in den Feldern Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen, Energie und Transport, Sicherheit und interkultureller Dialog.

Mehr: www.cem-ozdemir.de

■ Heide Rühle

Spielzeugrichtlinie: Strengere Kontrollen notwendig. Die Kommission hat endlich einen Entwurf für die Neufassung der Spielzeugrichtlinie vorgelegt. Heide Rühle wird ihn in den anstehenden Parlamentsberatungen genau prüfen, denn klar ist: Gift gehört nicht in Kinderhände. Sie setzt sich für schärfere Kontrollen von Importspielzeug ein. Importeure, die gefährliches Spielzeug einführen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. +++ Kompliziert, unübersichtlich und bürokratisch: Die neue Verbrauchercreditrichtlinie. Das Widerrufsrecht für verbundene Kredite ist zu kurz. »»

■ Heide Rühle (Fortsetzung)

Kredite für klimagerechte Renovierung werden teurer. Für Verbraucher in Deutschland bringt die Richtlinie keine Verbesserung. Mehr: www.heide-ruehle.de

■ Frithjof Schmidt

Neuer Bericht: Die Überprüfung anderer Politikfelder auf ihre Übereinstimmung mit der Entwicklungspolitik gehört zu den Aufgaben des Entwicklungsausschusses. Diese Übereinstimmung ist allerdings in noch längst nicht allen Feldern gegeben. Ein Haupthindernis für politische Ziel- und Strategieeinheit sind Prioritäten- und Interessenkonflikte sowohl zwischen EU-Staaten als auch zwischen Drittländern. Dazu erstellt Frithjof Schmidt einen Bericht für das Europaparlament.

Mehr: www.frithjof-schmidt.de

■ Elisabeth Schroedter

Nach den heißen Gefechten um die Dienstleistungsrichtlinie 2004 steht 2008 ihre Umsetzung in den Mitgliedstaaten auf der Agenda der Kommission. Die von der Kommission in einem Handbuch vorgelegten Maßnahmen haben direkten Einfluss auf die Gesetze und Verordnungen der Länder und die Satzungen von Kommunen. Normenscreening und Kompetenzübertragungen an einheitliche AnsprechpartnerInnen werden die regionalen Gestaltungsräume in Zukunft eingrenzen. Dies betrifft auch das von der Dienstleistungsrichtlinie formal ausgeklammerte Arbeitsrecht. Infos über mögliche Präventionsinstrumente der Kommunen und Länder, um dennoch soziale und ökologische Gestaltungsmöglichkeiten zu wahren, wie etwa Tarifbindungsklauseln bei der öffentlichen Vergabe, finden sich auf der Homepage.

Mehr: www.elisabeth-schroedter.de

■ Helga Trüpel

Kulturpolitischer Club in Berlin: Im Berliner Münzsalon diskutiert Helga Trüpel alle zwei Monate zusammen mit Kulturschaffenden und Vertretern aus Politik und Medien kulturpolitische Themen zwischen Berlin und Brüssel. Auf der zukünftigen Agenda stehen u.a. folgende Themen: Migration und Film, Computerspiele als Kulturgut, das EU-Telekompaket. +++ Nokia Werksschließung in Bochum: Entgegen den populistischen Andeutungen aus NRW-Regierungskreisen findet der Nokia Werkbau in Rumänien ohne EU-Mittel statt. Trotzdem muss die EU ihre Förderpolitik überdenken, um nicht mit dem Globalisierungsfond auch noch die Mobilität internationaler Konzerne abzufedern. Pressemitteilung und ausführliches Stern-Interview auf der Website.

Mehr: www.helga-truepel.eu

Verantwortlich Europaseiten: Christoph Nick

2008 SOLL DEN DURCHBRUCH BRINGEN

Die Jugendpartei von Slowenien kämpft für grüne Politik

von Christoph Nick

Hinter den Bergen, ganz nah, liegt ein Musterland, das wir alle zu kennen glauben: Slowenien. Es hat 1991, nach einem unblutigen Mini-Krieg, die Unabhängigkeit von Jugoslawien erreicht. Heute, vier Jahre nach dem Beitritt zur EU, liegt sein pro-Kopf-Einkommen im Mittelfeld der Union. Als erstes mittelosteuropäisches Beitrittsland hat es 2007 den Euro eingeführt und am 1. Januar 2008 für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Also alles paletti, abgehakt und weitergefahren?



Darko Krajnc, Präsident der Jugendpartei von Slowenien

Nein. So erfolgreich Slowenien auch ist, so wenig ist das kleine Land mit seinen zwei Millionen Einwohnern ein Paradies auf Erden. In einer Gesellschaft, die den Übergang vom Kommunismus zum Kapitalismus so geräuschlos geschafft hat, dass es manchem dabei unheimlich geworden ist, sah sich u.a. die Jugend an den Rand der Gesellschaft gedrückt.

Die Schwierigkeiten, auf die junge Menschen in Slowenien stoßen, wenn sie ein eigenständiges Leben aufbauen wollen, haben im Jahr 2000 zur Gründung der Jugendpartei von Slowenien (SMS) geführt. Schon wenige Monate später saß die SMS mit vier Abgeordneten im slowenischen Parlament. Ihr Wahlprogramm: die sozialen Bedingungen für junge Menschen und Familien verbessern, demokratische Rechte stärken und Umweltschutz durchsetzen.

Die politischen Gemeinsamkeiten mit der Europäischen Grünen Partei (EGP) blieben diesseits und jenseits der Alpen nicht lange verborgen. Nach einem ersten Kontakt im Jahr 2002, erhielt die SMS 2003 den Beob-

achterstatus bei der EGP und wurde im Mai 2006 Vollmitglied. Bemühungen, lokale ökologische Gruppierungen in die SMS einzubinden oder gemeinsam neu zu formieren, um eine einzige slowenische grüne Partei zu gründen, scheiterten allerdings. »Wir sind bei der EGP, weil wir Ökologie, Solidarität und Menschenrechte einfordern«, sagt Darko Krajnc, Vorsitzender der SMS. »Es ist dieser Dreiklang, der uns zu einer echten grünen Partei macht.«

Die Notwendigkeit von Umweltschutz ist laut Darko Krajnc im Bewusstsein der slowenischen Gesellschaft noch nicht wirklich verankert. Die SMS sieht ihre Hauptaufgaben ganz grundlegend: Sachgerechter Umgang mit Abfall, saubere Luft und sauberes Trinkwasser sowie ein effizienter Umgang mit Energie stehen an erster Stelle.

Nach den ersten Erfolgen musste die SMS Rückschläge hinnehmen. 2004 verlor sie alle Parlamentssitze. Als Präsidentschaftskandidat konnte Darko Krajnc 2007 einen Achtungserfolg erringen und die SMS mit ihren Themen wieder in den nationalen politischen Diskussionen etablieren. Die SMS führte ein erfolgreiches Bürgerbegehren zur Einführung kostenloser Kindergärten durch, mit dem die SMS das nationale Parlament gezwungen hat, dieses Thema zu behandeln. Die Drohung mit einem zweiten Bürgerbegehren wegen der angekündigten Auflösung des nationalen Korruptionsausschusses löste eine nationale Diskussion aus, die schließlich die Auflösung verhinderte.

Bei den Parlamentswahlen im Herbst 2008 will die SMS wieder ins Parlament einziehen. »Die Chancen stehen gut. Schaffen wir das, dann haben wir beste Aussichten, 2009 auch einen grünen slowenischen Abgeordneten nach Brüssel zu schicken«, sagt Darko Krajnc voller Zuversicht. Wir drücken die Daumen. Denn ohne starke Grüne kann doch Slowenien kein Musterland sein! ☺